

**Die neue
Volkspartei**

Grundsatzprogramm 2015
der Österreichischen Volkspartei

in der Fassung vom 12. Mai 2015

Grundsatzprogramm 2015
der Österreichischen Volkspartei

Grundsatzprogramm 2015

I	Auf einen Blick: Unsere Grundsätze	5
II	Wer wir sind: Unser Menschenbild und Selbstverständnis	9
	Unser Menschenbild	9
	Unser Selbstverständnis	13
III	Was wir wollen: Unsere Ziele und Anliegen	17
	Demokratie und Staat: Mehr Partizipation, weniger Bürokratie	17
	Ökosoziale Marktwirtschaft: Wohlstand und Zukunft für alle	21
	Gesellschaft und Generationen: Für Wahlfreiheit und Chancengerechtigkeit	25
	Leben und Umwelt: Ein lebenswertes Österreich	32
	Bildung und Kultur: Neue Chancen, neue Perspektiven	37
	Europa und die Welt: Modell Österreich	41

Grundsatzprogramm 2015



I **Auf einen Blick: Unsere Grundsätze**

Der Staat ist für die Bürgerinnen und Bürger da. *Und nicht umgekehrt.*

Wir treten für Freiheit und Eigenverantwortung der Einzelnen und für die Stärkung ihrer Rechte ein. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger als Teil einer verantwortungsvollen Bürgergesellschaft mehr über ihr Leben in ihrem Umfeld, in ihrem Bundesland, in Österreich und in Europa entscheiden können. Staatliches Handeln muss den Bürgerinnen und Bürgern dienen und größtmögliche Wahlfreiheit gewährleisten.

Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben. *Wir bieten Orientierung.*

Wie Menschen ihr Leben gestalten und welche Lebensentwürfe sie verfolgen, liegt in ihrer freien Entscheidung. Als christdemokratische Partei wollen wir Orientierungen für ein gelingendes Leben und eine erfolgreiche Gesellschaft bieten. Familien mit Kindern sind — in ihren vielfältigen Formen — für die Zukunft der Gesellschaft unverzichtbar und daher unser Leitbild. Wir arbeiten für eine familienfreundliche Gesellschaft. Das Wohl der Kinder hat Vorrang vor allen anderen Interessen. Wir treten auch für die verantwortungsbewusste, aktive Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben ein.



Wir sehen für jeden Menschen eine Aufgabe in unserer Gesellschaft. Und erwarten Respekt für unsere Gesellschaft und ihre Werte.

Jede und jeder kann einen Beitrag für eine lebenswerte Gesellschaft leisten: in den Familien, im Beruf, in Vereinen und in anderem ehrenamtlichen Engagement. Wir wollen die Verantwortung für die Gemeinschaft stärken, weil sie Voraussetzung für starke Demokratie, gegenseitigen Respekt und lebendige Solidarität im Land ist. Wer die in der Verfassung verankerten Werte der Gesellschaft und damit unsere Leitkultur grundsätzlich ablehnt, soll auch nicht von ihren Leistungen profitieren.



Wir sind die Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft. Weil es ohne unternehmerisches Denken und Leistung weder nachhaltigen Wohlstand noch soziale Sicherheit gibt.

Wirtschaftliche Leistungskraft, die von Arbeitnehmern und Unternehmern partnerschaftlich erarbeitet wird, ist das Fundament unseres Gesellschaftsmodells. Wir wollen sie fördern — und nicht bestrafen. Das Wirtschafts- und Sozialmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft verbindet größtmögliche wirtschaftliche Freiheit und Leistung mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Unternehmerisches Denken und Handeln bringt uns in allen Bereichen der Gesellschaft weiter. Arbeit und Sparen müssen sich lohnen. Wir wollen sozialen Aufstieg, Chancengerechtigkeit und den Erwerb von Eigentum fördern. Eigentum ist der Schlüssel für Unabhängigkeit und Wirtschaftskraft. Unser Ziel ist ein starker und breiter Mittelstand in der Gesellschaft.



**Wir denken und handeln als Österreichische Volkspartei europäisch.
*Weil ein besseres Europa besser für Österreich ist.***

Wir waren die treibende Kraft für den Österreichischen Staatsvertrag 1955 und für Österreichs Beitritt zur Europäischen Union 1995. Die Liebe zur Heimat Österreich und die Begeisterung für ein geeintes Europa sind keine Gegensätze. Wir wollen Europa verantwortungsbewusst weiterentwickeln und vertiefen, weil das auch besser für Österreich ist. Europa muss sich verstärkt mit den großen Aufgaben beschäftigen, für die Regionen und Staaten im globalen Wettbewerb zu klein sind. Ziel ist ein geeintes, demokratisches und sicheres Europa, das stark in der Welt ist.

Grundsatzprogramm 2015



II Wer wir sind: Unser Menschenbild und Selbstverständnis

Unser Menschenbild

Grundlage unserer Politik ist das christlich-humanistische Menschenbild. Jeder Mensch besitzt von Natur aus ein unaufhebbares Recht auf Leben und freie Entfaltung. Der Anspruch auf menschliche Freiheit, individuelle Selbstbestimmung und gesellschaftliche Mitwirkung ist für uns unveräußerlich und damit unverhandelbar. Die Achtung des Menschen und der Menschenwürde findet ihren Widerhall nicht nur in den international anerkannten Menschenrechten, sie ist auch Fundament der österreichischen und europäischen Leitkultur und Ausgangspunkt unseres politischen Denkens und Handelns.

Die Würde des Menschen ist in allen Phasen des Lebens unverletzlich und kommt jedem Menschen unabhängig von Alter, Rasse, Geschlecht, Besonderheiten oder Fähigkeiten, von Umständen oder Situationen zu, da sie eine Konsequenz des Menschseins ist. Daher gibt es keinen Zustand, der einem Menschen seine Würde verleiht oder ihn dieser beraubt. Der Mensch ist in Gemeinschaften eingebunden, die für ihn Verantwortung tragen und für die er Verantwortung trägt. Die erste und wichtigste Gemeinschaft für Menschen ist die Familie. Wichtige Verantwortungsgemeinschaften für Menschen sind aber auch religiöse, kulturelle, soziale, politische und wirtschaftliche Gemeinschaften. Verantwortliches Handeln, kreative Gestaltungskraft und kritische Reflexion sind bestimmende Merkmale menschlichen Denkens und Handelns.

Aus unserem Menschenbild leiten wir die Kernwerte unseres politischen Denkens und Handelns ab: Freiheit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Leistung, Solidarität, Subsidiarität und Gerechtigkeit. Wir bieten Orientierung für ein gelingendes Leben und eine erfolgreiche Gesellschaft.

Grundsatzprogramm 2015



Wir sind uns dessen bewusst, dass die Unvollkommenheit des Menschen sowie die Begrenztheit seiner Planungs- und Gestaltungsfähigkeit auch der Politik Grenzen setzen. Auch aus diesem Grund haben ideologischer Extremismus und ein totalitäres Politikverständnis keinen Platz in der Volkspartei.

Freiheit

Jeder Mensch ist eine freie und deshalb auch für sein Handeln verantwortliche Person. Freiheit bedeutet Selbstbestimmung, die sich auf das Gewissen und die Vernunft jedes Einzelnen stützt. Freiheit entfaltet sich in Gemeinschaft: Die Freiheit des einen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Die wichtigste Aufgabe des liberalen Rechtsstaates ist es, die Freiheit des Menschen zu schützen. Wir treten gegen jede Form staatlicher Bevormundung und für den konsequenten Schutz privaten Eigentums als Ausdruck persönlicher Freiheit ein. Freiheits- und Eigentumsrechte sowie die Privatsphäre müssen auch angesichts technologischer Entwicklungen gesichert und weiterentwickelt werden.

Verantwortung

Es gibt keine Freiheit ohne Verantwortung. Durch seine Freiheit ist der Mensch für sich und für die Gemeinschaft verantwortlich. Die Herausforderungen der Zukunft sind nur dann lösbar, wenn wir Verantwortung im Privatleben, im Beruf, in Gesellschaft und Politik ernst nehmen. Wir treten für eine aktive Bürgergesellschaft ein, die Verantwortung nicht abgibt, sondern wahrnimmt. Soziales Verantwortungsbewusstsein sowie Gestaltungs- und Veränderungsbereitschaft gehen Hand in Hand. Wir vertrauen zuallererst auf die Fähigkeiten der Menschen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln.

Nachhaltigkeit

Unser Verständnis von Verantwortung für die Schöpfung reicht über die Gegenwart hinaus. Wir bekennen uns mit dem Wert der Nachhaltigkeit zur Verantwortung für die Umwelt sowie die Zukunftschancen der künftigen Generationen. Nachhaltigkeit steht für Denken und Handeln, das Bedürfnisse der Gegenwart deckt, ohne dadurch künftige Entwicklungschancen zu schmälern. Wir setzen uns in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik für zukunftsverträgliche Entwicklungen ein. Die Politik soll den Anforderungen und Bedürfnissen der nächsten Generation entsprechen. Der nachhaltige Umgang mit der Natur und eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung sind keine Gegensätze, sie bedingen einander. Eine Politik des geprüften Fortschritts ist gerade mit Blick auf den Nachhaltigkeitsgedanken wichtig: Neues muss in der Gesellschaft die Chance bekommen, sich auch unter dem Nachhaltigkeitsaspekt zu bewähren. Im Sinn der Wahrung der Schöpfung ist uns auch der Schutz der Tiere ein Anliegen.

Leistung

Leistung ist selbstverständlicher Teil persönlicher Entfaltung und Kreativität. Leistung wird in vielfältigen Zusammenhängen erbracht: in den Familien, in Bildung und Beruf, im Wirtschafts- und Arbeitsleben, in Vereinen, im Ehrenamt. Die Leistungs- und Entwicklungsbereitschaft des einzelnen Menschen ermöglicht und erhöht die Gestaltungs- und Zukunftsfähigkeit der Gemeinschaft. Deshalb fördern wir Fleiß und Leistungswillen und die Bereitschaft zum unternehmerischen Risiko. Unternehmerisches Denken und Handeln im Sinn des „ehrbaren Kaufmanns“ soll in allen gesellschaftlichen Bereichen Leitbild sein: Nachhaltig denken und handeln, den anderen respektvoll zu behandeln und Verantwortung für das eigene Tun zu übernehmen sind allgemein gültige Prinzipien. Leistung muss sich lohnen und darf nicht bestraft werden. Wer Leistung nicht oder nicht mehr erbringen kann, hat Anspruch auf Hilfe der Solidargemeinschaft.



Solidarität

Der Wert der Solidarität fußt auf dem Wissen um unsere gegenseitige Abhängigkeit als Menschen und findet im christlichen Grundsatz der Nächstenliebe seinen besonderen Ausdruck. Wir sehen für jeden Menschen, unabhängig von seiner Leistungsfähigkeit, eine Aufgabe und einen Platz in der Gesellschaft. Wer die Hilfe der Gemeinschaft braucht, soll sie auch bekommen. Solidarität ist keine ausschließlich staatliche Aufgabe. Eigenvorsorge und staatlich verbürgte Solidarität müssen im Gleichgewicht sein. Solidarität ist keine Einbahnstraße. Uns ist nicht nur die Solidarität mit jenen wichtig, die soziale Leistungen in Anspruch nehmen müssen, sondern auch mit jenen, die soziale Leistungen finanzieren und erbringen. Der Einzelne darf von der Gemeinschaft nur das fordern, was er aus eigener Kraft nicht leisten kann. Wir lehnen eine Trittbrettfahrer-Mentalität in allen Bereichen ab. Wer sich gegen die in der Verfassung verankerten Werte der Gesellschaft grundsätzlich stellt, soll auch nicht von ihren daraus abgeleiteten solidarischen Leistungen profitieren.



Subsidiarität

Subsidiarität bedeutet Vorrang für Eigenverantwortung und die kleinere Einheit. Die Einzelnen und kleine Gemeinschaften sollen befähigt werden, ihre Aufgaben möglichst eigenverantwortlich zu lösen. Größere Einheiten sollen jene Aufgaben und Kompetenzen übernehmen, die nur von ihnen zu bewältigen sind. Subsidiarität fördert lebensnahe Lösungen und entlastet übergeordnete Gemeinschaften und den Staat. Dem Subsidiaritätsprinzip soll daher die Aufgabenteilung zwischen lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene folgen. Daher treten wir für selbständige Länder und leistungsfähige Gemeinden ein. Subsidiarität ist ein Schlüsselwert im gemeinsamen Europa. Sie ist auch Garant gegen zentralistische Tendenzen in der Europäischen Union.



Gerechtigkeit

Basis der Gerechtigkeit ist die Gleichheit der Menschen in ihrer Würde und Freiheit. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und müssen den gleichen Zugang zum Recht besitzen. Ungleich sind die Menschen in ihren Anlagen, Fähigkeiten, Begabungen und Interessen. Das ist Ausdruck der Einmaligkeit und Individualität des Menschen. Die große Herausforderung liegt für uns darin, Chancengerechtigkeit für alle Menschen zu fördern. Wir versprechen nicht gleiche Ergebnisse, sondern arbeiten für gerechte Chancen. Wir treten für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf allen Ebenen ein.

Unser Selbstverständnis

Wir verstehen uns als moderne christdemokratisch geprägte Volkspartei. Wir haben christlich-soziale, konservative und liberale Wurzeln. Aus ihrer ideengeschichtlichen Relevanz und Vielfalt leiten wir den Anspruch ab, erfolgreiche Politik für eine pluralistische Gesellschaft entwickeln und gestalten zu können.

Wir sind und ergreifen Partei für Bürgerinnen und Bürger. Wir verstehen Politik als Dienstleistung, die bestmögliche Rahmenbedingungen für Entwicklungschancen, Wahlfreiheit und Verwirklichung von Lebensentwürfen schaffen soll. Staat und Politik müssen für die Menschen da sein – und nicht umgekehrt. Als Partei, die in Österreichs Gemeinden stark verankert ist, arbeiten wir seit jeher nah am Bürger. Wir leben Bürgernähe auf allen Ebenen.

Wir sind die Partei der modernen Demokratie. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger als Teil einer verantwortungsvollen Bürgergesellschaft mehr über ihr Leben in ihrem Umfeld, in ihrem Bundesland, in Österreich und in Europa entscheiden können. Deshalb wollen wir das bewährte System der repräsentativen Demokratie um moderne Mitbestimmungs- und Partizipationsformen ergänzen sowie politische Bildung und ehrenamtliches Engagement fördern.

Grundsatzprogramm 2015



Wir sind die Partei der politischen und gesellschaftlichen Mitte. Wir stehen für eine politische Kultur der Mäßigung und Vernunft. Wir lehnen jede Form von Extremismus ab. Unser Ziel ist eine möglichst starke politische und gesellschaftliche Mitte in Österreich. Das ist die beste Grundlage für eine stabile, zukunftsfähige Entwicklung Österreichs.



Wir sind die Partei des unternehmerischen Denkens und Handelns. Wir sind davon überzeugt, dass dies in allen Bereichen unserer Gesellschaft bessere Problemlösungen, eine effizientere Verwendung von Ressourcen und damit mehr Handlungsspielräume bringt. Arbeit und Sparen sichern die Zukunft und müssen sich für Arbeitnehmer und Selbständige lohnen. Wir wollen sozialen Aufstieg, Chancengerechtigkeit und den Erwerb von Eigentum fördern. Nur eine starke Wirtschaft ist Grundlage für Arbeit und soziale Sicherheit.



Wir sind als Volkspartei eine soziale Integrationspartei. Wir bündeln unterschiedliche Interessen und Anliegen in der Gesellschaft und setzen uns für einen fairen Ausgleich im Interesse des Gemeinwohls ein. In diesem Sinn wollen wir auch unsere Teilorganisationen sowie andere Formen der politischen Mitwirkung gezielt weiterentwickeln.

Wir stehen als Partei der Ökosozialen Marktwirtschaft für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Ökosoziale Marktwirtschaft setzt den richtigen Rahmen und die richtigen Anreize, um Innovationskraft, Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit mit einer nachhaltigen, klima- und umweltschonenden Entwicklung zu vereinbaren. Wir vertreten die Ökosoziale Marktwirtschaft offensiv als wegweisendes politisches Leitbild für Europa und die Welt.

Wir sind Österreichs Familienpartei. Das Wohl der Kinder hat Vorrang vor allen anderen Interessen. Unser Leitbild sind Familien mit Kindern [Vater, Mutter, Kind] als Grundlage und Kern der Gesellschaft, wo Generationen füreinander Sorge tragen. Wir schreiben den Menschen aber nicht vor, wie sie zu leben haben. Daher respektieren und anerkennen wir auch andere Formen des Zusammenlebens, in denen Verantwortung und Sorge füreinander getragen wird und die einen Beitrag zu einer stabilen und verantwortungsbewussten Gesellschaft leisten – wie Patchwork-Familien, Alleinerziehende, gleichgeschlechtliche Partnerschaften und andere.

Wir verstehen uns aus Verantwortung gegenüber heutigen und künftigen Generationen heraus als Reform- und Modernisierungspartei. Die rechtzeitige, berechenbare Weiterentwicklung und Anpassung staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen an veränderte Gegebenheiten ist kein Selbstzweck. Wir verändern aus Verantwortung, um Gutes und Wichtiges für alle Generationen zu bewahren. Das entspricht auch unserem Verständnis von Gerechtigkeit.

Wir sind die Partei, welche die Chancen der digitalen Welt für Österreich aktiv gestalten will. Es gibt keinen Gegensatz zwischen „realer“ und „digitaler“ Welt. Die Digitalisierung ist eine weitere Dimension des modernen Lebens. Sie ist *der* Innovationsmotor unserer Zeit. Die digitale Durchdringung aller Lebensbereiche steht erst am Anfang. Sie bedeutet für Gesellschaft, Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik grundlegend neue Herausforderungen. Wir stellen die einzigartigen Chancen der Digitalisierung für wirtschaftlich nachhaltiges Wachstum, Lebensqualität und menschliche Entwicklung in den Mittelpunkt unserer Politik. Österreich soll nicht Zuschauer, sondern Akteur der digitalen Welt sein. Bürgerinnen und Bürger sollen kompetente Gestalter der digitalen Welt sein. Wir setzen uns dafür ein, dass grundlegende Regeln und Werte der Gesellschaftsordnung, wie Freiheit, Verantwortung, Sicherheit und Eigentum, auch in der digitalen Welt gelten.

Wir bekennen uns als Österreich-Partei zu einer Politik für Stadt und Land. Städtische und ländliche Regionen sind für uns gleichermaßen Heimat, Orte von Identität und Zukunft, von Werten und neuen Wegen. Wir treten für den partnerschaftlichen Ausgleich der Interessen von städtischen und ländlichen Räumen ein.

Grundsatzprogramm 2015



Wir sind Österreichs Europapartei. Als treibende Kraft für den Österreichischen Staatsvertrag 1955 und für Österreichs Beitritt zur Europäischen Union 1995 wissen wir, dass ein geeintes Europa die beste Zukunftsversicherung für Frieden, Stabilität und Wohlstand in Österreich ist. Mit all unserer europapolitischen Kompetenz und Kraft arbeiten wir für ein demokratisches, verantwortungsvolles und sicheres Europa, das stark in der Welt ist.



Wir sind offen für alle Menschen, die sich auf Basis christlicher oder anderer Wertequellen zu unserem Menschenbild und unseren Werten bekennen.

Es kommt nicht darauf an, woher jemand kommt, sondern darauf, wofür ein Mensch eintritt und arbeitet. Wir wollen die Chancen der Vielfalt bestmöglich für Österreich nützen. Wir laden Bürgerinnen und Bürger ein, gemeinsam Verantwortung für unser Land, seine Menschen und seine Zukunft zu übernehmen. Denn wir sind die Volkspartei.



III Was wir wollen: Unsere Ziele und Anliegen

Demokratie und Staat: Mehr Partizipation, weniger Bürokratie

Wir bekennen uns zur parlamentarischen Demokratie und zum konstruktiven Wettbewerb der politischen Parteien zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen. Politische Parteien sind unverzichtbare Elemente der repräsentativen Demokratie, von denen die Bürgerinnen und Bürger Sachverstand, Lösungsorientierung und Konsensfähigkeit erwarten.

Wir wollen unsere demokratische Kultur weiterentwickeln, um mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, Verantwortung für das politische Geschehen zu tragen. Neben einer Stärkung der direkten Demokratie insbesondere bei lokalen Entscheidungen sprechen wir uns auch für den Einsatz moderner Partizipationsverfahren unter Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien aus.

Wir sehen im Ehrenamt einen wichtigen Ausdruck politischen und gesellschaftlichen Engagements. Das Ehrenamt dient der Entfaltung des Einzelnen *und* dem Gemeinwohl. Freiwilligenarbeit soll zeitgemäß gefördert und unterstützt, aber nicht überreguliert werden.

Wir bekennen uns zur Verantwortung der gewählten Abgeordneten gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern. Das Wahlrecht soll den Bürgerinnen und Bürgern mehr Möglichkeiten geben, Kandidatinnen und Kandidaten direkt zu unterstützen. Wir sprechen uns für ein Wahlrecht aus, das klare Regierungsverhältnisse unterstützt, aber auch die demokratischen Rechte der Opposition sichert.

Grundsatzprogramm 2015



Wir bekennen uns vorbehaltlos zum modernen Rechtsstaat, der den Bürgerinnen und Bürgern Schutz gibt und ihre Chancen sichert. Der demokratische Rechtsstaat muss im Sinn einer wehrhaften Demokratie verlässlich die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten, sie vor inneren und äußeren Gefahren bewahren sowie Minderheiten, Volksgruppen und die Erhaltung der Lebensgrundlagen schützen. Die in Österreich anerkannten, alleingesessenen Volksgruppen bereichern unsere Kultur und verdienen besonderen Schutz sowie entsprechende Förderung.

Wir vertreten und verteidigen die Werthaltungen und Prinzipien unseres Rechtsstaates aktiv und fördern rechtsstaatliches Bewusstsein. Die staatlich verankerten Rechte und Pflichten gelten ausnahmslos für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Dies ist auch im Bildungssystem zu verankern.

Wir wollen ein Staatswesen, das im Dienst der Menschen schlank und leistungsfähig ist. Zu viel Bürokratie bedeutet zu wenig Freiheit. Die zu hohen bürokratischen Lasten müssen für Menschen und Unternehmen auf ein notwendiges Mindestmaß verringert werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass mit ihrem Steuergeld sparsam und effizient umgegangen wird. Eine automatische Auslaufklausel für Gesetze und Verordnungen (Sunset-Legislation) soll beschlossene Maßnahmen kontinuierlich auf ihre Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit überprüfen. Wo – insbesondere wirtschaftliche – Leistungen besser durch Private erbracht werden, setzen wir uns für die Privatisierung staatlicher Unternehmungen ein, die nicht der Daseinsvorsorge dienen. Die Gewährleistung von Leistungen durch den Staat bedeutet nicht, dass er diese selbst erbringen muss. Staatliches Handeln soll durch ein Höchstmaß an Transparenz gekennzeichnet sein. Der Ausbau digitaler Dienste soll bestmögliche Service-Qualität staatlicher Leistungen unterstützen. Eine moderne, leistungsfähige Verwaltung fördert bürgernahe, kompetente und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wir vertreten einen modernen Föderalismus. Unser Ziel ist eine effiziente Aufgabenteilung zwischen den unterschiedlichen staatlichen Ebenen. Deshalb setzen wir uns für eine zeitgemäße Neuordnung der staatlichen Aufgaben und Kompetenzen unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips sowie für transparente Finanzflüsse ein. Starke, leistungsfähige Länder und Gemeinden sind entscheidend für bürgernahes staatliches Handeln.

Wir fordern und fördern eine unabhängige, vielfältige und qualitativ hochwertige Medienlandschaft in Österreich. Freie Meinungsäußerung und freie Medien sind Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie und die Stärkung österreichischer Identität in einer durch Markt- und Machtkonzentration gekennzeichneten internationalen Medienwelt. Wir bekennen uns zur zielgerichteten, qualitätsorientierten Medienförderung, zur Idee des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zu dessen fairem Miteinander mit privaten Medien in den unterschiedlichen Mediengattungen.

Wir setzen uns für eine moderne Netz- und Datenpolitik ein. Unser Ziel ist es, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, ihre informationelle Selbstbestimmung und Privatsphäre sowie die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Alle Generationen sollen von den digitalen Möglichkeiten profitieren können. Netz- und Datenpolitik sollen auf Basis einer bürgergesellschaftlich erarbeiteten Vision für ein digitales Österreich gestaltet werden. Die Bekämpfung von Cyberkriminalität erfordert staatliches Handeln und Prävention durch die Nutzerinnen und Nutzer.

Wir setzen uns für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als Voraussetzung für gelebte Freiheit ein. Wir bekennen uns zum Gewaltmonopol des Staates und zu einer starken Exekutive. Gewaltanwendung und Kriminalität sind mit allen Mitteln des Rechtsstaates konsequent und wirkungsvoll zu bekämpfen.

Wir bekennen uns zu einer unabhängigen Justiz. Der Weg zum Recht muss für die Bürgerinnen und Bürger rasch und einfach möglich sein. Rechtsverletzungen und Strafen sollen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Grundsatzprogramm 2015



Wir treten für die allgemeine Wehrpflicht und ein leistungsfähiges Bundesheer mit Miliz-Charakter ein. Die personelle und materielle Ausstattung des Bundesheeres muss die Erfüllung klarer Aufgaben in den Bereichen äußere Sicherheit, friedenserhaltende Maßnahmen und Katastrophenschutz ermöglichen. Wir anerkennen die große Bedeutung des Zivildienstes für Österreich. Unsere Zivildienstler leisten wertvolle Arbeit für unser Land und seine Menschen.



Wir anerkennen die Bedeutung von Kirchen und Religionsgemeinschaften für Sinnstiftung und die Sehnsucht nach Transzendenz sowie für Bildung und karitatives Engagement. Der moderne, säkulare Staat lebt von Werthaltungen und ideellen Ressourcen, die er nicht selbst hervorbringen kann: Kirchen und Religionsgemeinschaften können in diesem Sinn wichtige Beiträge leisten. Alle Aktivitäten der Kirchen und Religionsgemeinschaften haben im Rahmen von Verfassung, Gesetzen und Verträgen zu erfolgen. Religionen, die Staat und Menschenrechte nicht anerkennen oder zu Gewalt aufrufen, treten wir konsequent entgegen. Religiöse Bildung soll auch in der Schule erfolgen. Wir bekennen uns zum konfessionellen Religionsunterricht. Kinder und Jugendliche, die den Religionsunterricht nicht besuchen, sollen verpflichtend an einem Ethik-Unterricht teilnehmen.



Ökosoziale Marktwirtschaft: Wohlstand und Zukunft für alle

Wir bekennen uns dazu, dass das Maß des Wirtschaftens stets der Mensch sein muss. Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen, nicht umgekehrt.

Wir wollen für die Zukunft wirtschaften und nicht auf ihre Kosten. Unser Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft sehen wir als ordnungspolitisch richtige Antwort auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderungen. Anreize im Sinn einer innovativen Ökosozialen Marktwirtschaft ermöglichen die notwendige Balance zwischen leistungsfähiger Wirtschaft, gesellschaftlicher Solidarität und ökologischer Nachhaltigkeit. Das ist die Grundlage für breiten Wohlstand, soziale Sicherheit und eine lebenswerte Umwelt.

Wir wollen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Österreich mit seinem starken industriellen Kern verbessern. Die Chancen der Globalisierung zu nutzen, ist erfolgsentscheidend für Wachstum und Arbeit im Land. Dies erfordert bestmögliche Bedingungen in Bildung, Aus- und Weiterbildung, Forschung, Entwicklung und Innovation sowie mehr Unternehmergeist, ein leistungsfreundliches Steuersystem und die Beseitigung unnötiger bürokratischer Hürden. Als kleine Volkswirtschaft müssen wir unsere großen Chancen im Export gezielt weiterentwickeln.

Wir stärken mit unserer Wirtschaftspolitik alle Unternehmen. Ein-Personen-Unternehmen, Klein- und Mittelbetriebe, industrielle Leitbetriebe: Für uns ist die Wirtschaft unteilbar. Der unternehmerische Mittelstand ist die wichtigste Säule des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich. Er muss in seinen unverzichtbaren Leistungen für Wachstum und Beschäftigung tatkräftig unterstützt werden.

Grundsatzprogramm 2015



Wir verstehen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht als Gegner, sondern als wirtschaftliche Erfolgsgemeinschaft. Ein modernes Arbeitsrecht, mehr Flexibilität und neue Formen der Mitarbeiterbeteiligung fördern den gemeinsamen Erfolg von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wir vertrauen insbesondere der betrieblichen Sozialpartnerschaft, die besten Lösungen für den gemeinsamen wirtschaftlichen Erfolg zu entwickeln. Die überbetriebliche Sozialpartnerschaft und auch die Sozialpartner der Generationen sorgen für verlässliche Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit in Österreich.



Wir wollen die Potenziale des urbanen Raums in Österreich besser nützen. Städte sind wichtige Chancenräume für Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen die Leistungskraft unserer Städte für Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität aktivieren. So sollen Städte eine Schlüsselrolle für eine innovative Gründer-Kultur in der Wissensgesellschaft spielen. Leistbares Wohnen, gesunde Umwelt und eine ausgewogene Verkehrspolitik sind wichtige Anliegen unserer Stadtpolitik.



Wir stärken mit einer nachhaltigen Agrarpolitik den Bauernstand. Ein Fundament des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in unserem Land sind freie und unabhängige Bäuerinnen und Bauern. Wir unterstützen eine flächendeckende Land- und Forstwirtschaft als Rückgrat wirtschaftlich erfolgreicher Regionen.

Wir sehen den ländlichen Raum als wichtigen Lebens- und Wirtschaftsraum für Österreich. Wir wollen den Markt für regionale Produkte aus Österreich mobilisieren und die Wachstums- und Arbeitsmarktchancen im ländlichen Raum stärken. Der Erfolg der österreichischen Wirtschaft wird gerade auch durch die Leistungen der regionalen Betriebe ermöglicht. Der Erhalt moderner und zukunftsorientierter Betriebe in den Regionen ist für uns unverzichtbar. Die Dorferneuerung und die Förderung der Dorfkultur unterstützen gemeinsam mit einem starken Bildungswesen im ländlichen Raum die Entfaltung unserer Regionen.

Wir wollen eine leistungsfähige Infrastruktur für Österreich. Diese reicht von der Mobilität (Straße, Schiene, Wasser, Luft) über Informations- und Kommunikationstechnologien bis zur Energie. Bei der Energieinfrastruktur legen wir nicht nur auf Versorgungssicherheit Wert. Wir wollen auch die Chancen der Energiewende für Österreich nutzen. Investitionen in Umwelttechnologien und erneuerbare Energien stärken den Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb. Beim Infrastrukturausbau muss auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in städtischen und ländlichen Gebieten geachtet werden.

Wir arbeiten daran, dass Österreichs Wirtschaft den digitalen Strukturwandel aktiv mitgestaltet. Die Digitalisierung ermöglicht neue Wertschöpfungsketten und die vollständige Vernetzung unserer Wirtschaft – vom Kleinunternehmen bis hin zum Industriebetrieb – mit globalen Wirtschaftsräumen. Dafür sind laufend die notwendigen infrastrukturellen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erarbeiten.

Wir setzen uns dafür ein, dass Österreich seine Position als bedeutendes Tourismusland weiterentwickelt. Qualität soll Vorrang vor Quantität haben. Österreichs Natur- und Kulturschätze müssen auch mit Blick auf den Tourismus für die Zukunft geschützt und bewahrt werden.

Grundsatzprogramm 2015



Wir wollen sicherstellen, dass Österreich künftig die Fachkräfte hat, die wir für unseren wirtschaftlichen und sozialen Erfolg brauchen. Die duale Ausbildung ist ein internationales Erfolgsmodell. Sie soll zielgerichtet weiterentwickelt werden. Um den stark steigenden Fachkräftebedarf zu befriedigen, braucht es auch wirksame Anreize, damit sich internationale Fach- und Spitzenkräfte in Österreich niederlassen.

Wir wollen Österreich zum *innovation leader* in Europa machen. Innovationskraft ist die beste Zukunftsversicherung. Große und kleine Unternehmen sollen mit innovativen Produkten und Dienstleistungen erfolgreich sein. Innovationskraft, Wirtschaftswachstum und die Steigerung der Lebensqualität der Menschen sind für uns untrennbar verbunden.

Wir treten für eine nachhaltige steuerliche Entlastung der Menschen und der Unternehmen ein. Privatinitiative, Leistungsorientierung und Investitionsfreude dürfen nicht durch eine zu hohe steuerliche Belastung gemindert werden. Das Steuersystem soll einfach, transparent und gerecht gestaltet sein. Eine ökosoziale Steuerpolitik entlastet Arbeit und fördert einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Wir setzen uns dafür ein, die Neuverschuldung nachhaltig zu stoppen und den Schuldenstand unseres Landes abzubauen. Zu hohe Staatsschulden schränken die Handlungsfähigkeit des Staates ein. Sie belasten nachfolgende Generationen und schaden dem Wirtschafts- und Arbeitsstandort. Einsparungen des Staates haben grundsätzlich Vorrang vor der Erschließung neuer Einnahmen.

Wir wollen den Erwerb von Eigentum in Österreich fördern. Eigentum macht die Bürgerinnen und Bürger unabhängig und erhöht ihre Handlungsspielräume. Der Schutz der Privatautonomie ist uns wichtig. Wir bauen wirtschaftliche Zukunft nicht auf Schulden, sondern auf Eigentum. Der Eigentumsaufbau von Arbeitnehmern, Unternehmern und Landwirten ist uns ein wichtiges Anliegen.

Gesellschaft und Generationen: Für Wahlfreiheit und Chancengerechtigkeit

Wir stehen für eine Gesellschaftsordnung, die dem Einzelnen bestmögliche Entfaltung durch ein Höchstmaß an Wahlfreiheit ermöglicht. Wie Menschen ihr Leben gestalten und welche Lebensentwürfe sie verfolgen, muss in ihrer freien Entscheidung liegen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen im Sinne des Gemeinwohls soziale Aufgaben und Lasten gemeinsam tragen und gerecht aufteilen. Dies erfolgt im Rahmen staatlich verbürgter Solidarsysteme, aber auch durch das ergänzende Engagement gesellschaftlicher Initiativen. Das ist für uns auch Ausdruck einer freien, verantwortungsbewussten Bürgergesellschaft. Die Sicherung von Generationenvertrag und Generationensolidarität ist uns ein besonders wichtiges Anliegen.

Grundsatzprogramm 2015



Wir sehen für jeden Menschen eine Aufgabe. Jeder und jede kann einen Beitrag für eine lebenswerte Gesellschaft leisten: in der Familie, in der Nachbarschaft, im Beruf, im Verein und in anderem ehrenamtlichen Engagement. Wir wollen die Verantwortung für die Gemeinschaft stärken, weil dies Voraussetzung für starke Demokratie, gegenseitigen Respekt und lebendige Solidarität in unserem Land ist. Die Förderung der Freiwilligentätigkeit ist uns deshalb ein besonderes Anliegen. Unser Land lebt in vielen Bereichen – wie Sport, Soziales, Kultur, Politik – davon, dass Menschen mehr tun, als sie müssen. Um das im internationalen Vergleich hohe ehrenamtliche Engagement aufrechtzuerhalten, wollen wir die Vereinskultur in Österreich stärken, neue Formen der Freiwilligenarbeit unterstützen und neue Zielgruppen für ehrenamtliches Engagement gewinnen.

Wir berücksichtigen den gesellschaftlichen Wandel in unserer Politik. Als wesentliche Treiber von gesellschaftlichen Veränderungen sehen wir Demografie, Migration, neue Lebensbedingungen und Lebensstile, technischen Wandel, Digitalisierung und den internationalen Wettbewerb von Gesellschafts- und Wirtschaftsmodellen. Diese Veränderungen stellen Herausforderungen insbesondere an die Wirtschafts- und Arbeitswelt und an die Finanzierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Wir wollen neue Wege gehen, um Richtiges und Wichtiges für unsere Gesellschaft zu sichern.

Wir stehen für ein gleichberechtigtes, partnerschaftliches Miteinander von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Dies reicht von der Familie und den damit verbundenen Erziehungs- und Betreuungsleistungen, über die Arbeitswelt bis hin zur Politik. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist für uns selbstverständlich. Sie darf kein Schlagwort bleiben und auch nicht durch kulturelle oder religiöse Vorstellungen in Frage gestellt werden. Wir stehen für gleiche Entlohnung bei gleichwertiger Arbeit und für die Selbstbestimmung von Frauen im Beruf, in der Familie und in der Gesellschaft. Wir setzen uns aktiv für die gleichberechtigte Vertretung von Frauen in der Politik ein und fördern ihr Engagement.

Wir anerkennen und schätzen die unersetzbaren Aufgaben der Familien für den Einzelnen und für die Gesellschaft. Die Familie ist der erste Ort für Sozialisation und Erziehung: In der Familie werden Individualität, Gemeinsinn und Werthaltungen vermittelt. Von diesen Voraussetzungen leben Gesellschaft und Demokratie. Wir setzen uns für eine familienfreundliche Gesellschaft ein, in der die Bedürfnisse der Familien Gestaltungsprinzip der relevanten Politikbereiche sind. Wir wollen Mütter und Väter mit Kindern bestmöglich unterstützen. Deshalb treten wir für die Entlastung der Familien ein. Es soll Wahlfreiheit für Familien geben, wie sie Kinder betreuen und wie sie Familie und Beruf vereinbaren. Die Kinderbetreuung innerhalb der Familie darf gegenüber der institutionellen Kinderbetreuung nicht schlechter gestellt werden. Wir setzen uns für qualitativ hochwertige, bedarfsorientierte Kinderbetreuung ein.

Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Wohl des Kindes und zu den Kinderrechten. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt, aber auch ihre Versorgung mit Wohn- und Lebensraum, Bildung oder Betreuung sind uns zentrale Anliegen. Kinder brauchen Geborgenheit und Orientierung an Werten, die ihnen in erster Linie von Müttern und Vätern vermittelt werden. Eltern sollen bestmöglich dabei unterstützt werden, ihre Verantwortung für Kinder wahrzunehmen.

Grundsatzprogramm 2015



Wir stehen für eine kinder- und jugendfreundliche Politik, die Maß an den Zukunftsaussichten der jungen Menschen nimmt. Wir wollen ihnen keine Schuldenberge hinterlassen, sondern neue Chancen eröffnen. Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Chancengerechtigkeit ist zentrales Ziel in Bildung und Beruf. Mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre haben wir einen wichtigen Schritt gesetzt, um die Mitbestimmung junger Menschen in der Gesellschaft zu verbessern. Ein eigenes Unterrichtsfach „Politische Bildung“ an den Schulen soll junge Menschen dabei unterstützen, ihren Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft zu leisten. Nur eine Politik, die auch die Interessen der Kinder und Jugendlichen miteinbezieht, ist wirklich zukunftsfähig.

Wir sehen im Zusammenwirken der Generationen in Familien und in der Gesellschaft eine besondere Qualität des Zusammenlebens. Dabei spielen die Leistungen von Frauen für Familienarbeit, Pflege und Freiwilligentätigkeit eine Schlüsselrolle. Wir sehen in dem wachsenden Anteil der älteren Menschen keine Bedrohung, sondern eine Chance. Der Platz älterer Menschen ist in der Mitte unserer Gesellschaft und nicht an ihrem Rand. Ein modernes Bild des Alters stellt ältere Menschen mit ihren Fähigkeiten in den Mittelpunkt. Die steigende Lebenserwartung sehen wir als Chance auf Selbstentfaltung im Alter, von welcher der Einzelne und die ganze Gesellschaft profitieren sollen. Ältere Menschen sollen in unserer Gesellschaft Schutz, Sinn und Lebenserfüllung finden. Menschen aller Altersstufen sollen die Chancen der digitalen Welt und alle Möglichkeiten der Weiterbildung nutzen können.

Wir bekennen uns zur Würde des Menschen unabhängig von Leistung, Alter und Gesundheitszustand. Menschen mit Behinderung sind selbstverständliche und gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft. Wir wollen bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen, damit sie ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dazu gehören insbesondere die Barrierefreiheit und ein Bildungssystem, das ihnen gleichberechtigte Chancen in der Gesellschaft und der Arbeitswelt eröffnet. Sie sollen in allen Bereichen des Lebens teilhaben können. Wir wollen keine Gesellschaft, die Menschen mit Behinderung verdrängt, diskriminiert, ausschließt oder selektiert.

Wir setzen uns für eine Zuwanderungspolitik ein, die sich an den Bedürfnissen unseres Landes orientiert. Zur Sicherung unseres Wirtschafts- und Sozialmodells braucht Österreich qualifizierte Zuwanderung. Sie soll auf Basis eines transparenten Kriteriensystems gemäß den wirtschaftlichen Bedürfnissen unseres Landes erfolgen. Mit der Rot-Weiß-Rot-Karte haben wir dafür eine Grundlage geschaffen.

Wir treten für eine wirksame Integrationspolitik ein, die sich an den Werthaltungen unseres Landes orientiert. Wir anerkennen den Beitrag von bereits zugewanderten Menschen für Österreich. Es geht nicht darum, woher jemand kommt, sondern darum, was jemand in und für Österreich zu leisten bereit ist. Die möglichst rasche und zielgerichtete Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern verbessert ihre Lebenschancen und nützt ganz Österreich.

Wir fördern Toleranz und gegenseitigen Respekt. Das Leben in einer vielfältiger gewordenen Gesellschaft erfordert Toleranz gegenüber anderen Lebenszielen und kulturellen Ausdrucksformen. Maßstab der Toleranz sind die Menschenrechte. Unsere Toleranz lässt daher Verstöße gegen Humanität und Menschenrechte nicht zu, sondern tritt ihnen entschieden entgegen. Das unterscheidet Toleranz von Beliebigkeit oder Gleichgültigkeit.

Grundsatzprogramm 2015



Wir sehen es als wichtige Aufgabe von Staat und Gesellschaft, für gerechte Verhältnisse zu sorgen. Nur das sichert den sozialen Zusammenhalt und auch die Bereitschaft, Solidarität zu üben. Wir lehnen die Gleichsetzung von sozialer Gerechtigkeit mit Gleichheit ab und betonen die unterschiedlichen Dimensionen von Gerechtigkeit: Bedarfsgerechtigkeit als Ausdruck der Menschenwürde, Leistungsgerechtigkeit zur Anerkennung individueller Leistung und Teilhabegerechtigkeit für Familien und andere soziale Institutionen sind politisch zu berücksichtigen. Zentral für bürgerliche Sozialpolitik ist der Wert der Chancengerechtigkeit. Auf die Ermöglichung von sozialem Aufstieg, insbesondere durch Bildung, muss mehr Wert gelegt werden. Mehr Chancen für alle bedeutet mehr Wohlstand für die gesamte Gesellschaft.

Wir bekennen uns zu einer solidarischen Gesellschaft und zu einem klaren Rahmen für Sozialpolitik. Richtschnur für unser sozialpolitisches Handeln sind die Grundsätze:

- Leistung muss sich lohnen.
- Wir lassen niemanden zurück, der Hilfe braucht.
- Hilfe soll nach Möglichkeit stets „Hilfe zur Selbsthilfe“ sein.
- Erarbeiten kommt vor Verteilen.

Grundsätzlich muss auch im Sozialwesen Vorsorge Vorrang vor Fürsorge haben. Wohlstand ist stets Ergebnis von Arbeit – und nicht von Umverteilung. Bürgerliche Sozialpolitik erfordert stets auch Solidarität mit jenen, die Hilfe möglich machen.

Wir treten für einen modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaat ein, in dem Rechte und Pflichten zwischen Personen und Institutionen transparent und in Balance sind. Das sichert den notwendigen Grundkonsens für sozialen Zusammenhalt. Der Einzelne trägt als Erster die Verantwortung für sein Leben – soweit seine Möglichkeiten reichen und Eigenleistung zumutbar ist. Der moderne Sozialstaat definiert und evaluiert daher Lebensrisiken. Er verbindet deren Bewältigung mit sozialstaatlicher Hilfe auch mit zumutbaren Eigenleistungen. Die sozialstaatliche Grundversorgung in Schicksalsfällen (z.B. Krankheit, Unfallfolgen) ist ebenso unverzichtbar wie Beistand in bestimmten Lebensphasen (z.B. Kindererziehung, Alter). Unterstützungen Einzelner oder sozialer Institutionen sind im Sinn der Stärkung von Eigenverantwortung und Selbstermächtigung auf Zeit anzulegen. Der Sozialstaat soll keine Strukturen und Verhältnisse andauernder Alimentierung und daraus resultierender Abhängigkeit schaffen. Sozialstaatliches Handeln muss für die Betroffenen effektiv und für die Gesellschaft effizient sein.

Wir sehen in der Sozialpolitik kein Monopol des Staates. Die in Österreich vielfältige und stark entwickelte Kultur von sozial engagierten Institutionen der Bürgergesellschaft zeigt, welch große Bedeutung und Wirkung freiwilliges Engagement zur Lösung sozialer Herausforderungen hat. Soziale Hilfswerke und Non-Profit-Organisationen sind integraler Bestandteil der sozialen Infrastruktur Österreichs. Sie sind künftig verstärkt als Dienstleister staatlich garantierter Leistungen einzusetzen.

Wir wollen soziale Sicherheit und Lebensqualität auch für künftige Generationen erhalten. Die Finanzierung der Pensionen muss gesichert sein. Dafür ist die laufend steigende Lebenserwartung im Pensionssystem angemessen zu berücksichtigen. Dieses Ziel wollen wir mit der Einführung eines Sicherungsmechanismus im Pensionssystem gewährleisten, der die langfristige Finanzierbarkeit der Pensionen ermöglicht. So verhindern wir auch, dass junge und ältere Menschen auf populistische Weise gegeneinander ausgespielt werden können. Zusätzlich zum staatlichen Pensionssystem sollen die betriebliche und die private Vorsorge den Lebensstandard im Alter erhöhen.



Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Menschen als Teil der sozialen Sicherheit auf eine qualitätsvolle Pflege im Alter verlassen können. Mit der steigenden Lebenserwartung steigt auch der Pflegebedarf in einer alternden Gesellschaft. Menschen sollen so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben können. Ambulante Pflegedienste sind auszubauen. Wir wollen vielfältige und flexible Pflegearrangements möglich machen, um pflegende Angehörige zu entlasten.

Leben und Umwelt: Ein lebenswertes Österreich



Wir haben eine uneingeschränkte Achtung vor dem menschlichen Leben – dem geborenen und dem ungeborenen. Die Menschenwürde ist für uns in keiner Lebensphase verhandelbar. Wir lehnen den Schwangerschaftsabbruch ab. Politik und Gesellschaft haben jene Bedingungen zu schaffen, die Abtreibungen vorbeugen. Daher ist auch eine umfassende anonymisierte Statistik über die Zahlen und Motive der Abtreibungen zu schaffen. Beratung und Hilfe für Schwangere in Konfliktsituationen ist die Grundlage jeder glaubwürdigen Politik zum Schutze des ungeborenen Lebens. In der strafrechtlichen Verfolgung betroffener Frauen erblicken wir jedoch keine geeignete Lösung. In der derzeit geltenden Fristenregelung muss krankes oder behindertes Leben geschützt werden.



Wir suchen Lösungen für die neuen, komplexen Fragen, welche die Biotechnologie am Beginn des menschlichen Lebens stellt. Neuen Chancen für den Kampf gegen Krankheiten stehen ethische Herausforderungen gegenüber. Wir bekennen uns zu einer offenen und fundierten Diskussion dieser Fragen. Unser Ziel sind rechtliche Rahmenbedingungen, die der Menschenwürde und der Freiheit der Wissenschaft im Dienst der Menschen gerecht werden. Kein Mensch darf in seiner Existenz zu einem bloßen Zweck für einen anderen Menschen gemacht werden. Nicht alles, was technisch möglich ist, ist ethisch richtig. Wir unterstützen verantwortungsvolle Familienplanung. Unser Ziel sind Rahmenbedingungen, die Abtreibungen vorbeugen.

Wir bekennen uns zur Würde jedes Menschen am Ende des Lebens. Jeder Sterbende ist ein Lebender – bis zuletzt. Niemand darf am Ende seines Lebens allein gelassen werden. Dies bedeutet für uns, ein Klima der Mitmenschlichkeit zu fördern und insbesondere die Hospiz- und Palliativversorgung flächendeckend auszubauen. Als Instrumente der Selbstbestimmung fördern wir die Patientenverfügung und die Vorsorgevollmacht. Es darf keine Übertherapierungen gegen den Willen eines Patienten geben. Sterbehilfe lehnen wir hingegen entschieden ab. Einen Menschen zu töten oder die gesetzliche Rechtfertigung dafür zu liefern, hat für uns nichts mit Barmherzigkeit zu tun.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Gesundheitsleistungen gesichert ist. Dies muss in Österreich für jede und jeden unabhängig von finanzieller Situation, sozialem Status und Wohnort gewährleistet sein. Die gesetzliche Krankenversicherung ist für uns ebenso unverzichtbar wie die freie Arztwahl. Wir unterstützen die Weiterentwicklung medizinischer Erkenntnisse und Verfahren zur Bekämpfung von Krankheiten durch Wissenschaft und Forschung.

Wir setzen uns für ein Gesundheitssystem ein, das die Eigenverantwortung der Menschen für ihre Gesundheit aktiviert und unterstützt. Wer sich für die eigene Gesundheit aktiv engagiert, soll belohnt werden. Dies fördert u.a. die Einführung von Selbsthalten bei gleichzeitiger Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge. Wir halten es zudem für sozial, auf die eigene Gesundheit zu achten, um der Solidargemeinschaft der Versicherten nicht unnötige Kosten aufzubürden. Wir lehnen die Freigabe von Drogen ab, um die Hemmschwelle gerade bei Jugendlichen nicht herabzusetzen, und setzen uns für Aufklärung und Prävention ein.



Wir setzen uns im Gesundheitssystem für Transparenz und Qualitätswettbewerb im Interesse der Patienten ein. Damit können unnötige Mehrkosten eingebremst oder reduziert und die Lebensqualität erhöht werden. Mit einem Gesundheitssystem, das viel kostet, aber wenig effizient ist, lassen sich die enormen gesundheitspolitischen Herausforderungen des Bevölkerungswandels nicht lösen.

Wir stellen sicher, dass sich die Bevölkerung mit gesunden, hochwertigen, regionalen Lebensmitteln versorgen kann. Unverzichtbare Grundlage dafür ist unsere heimische Landwirtschaft. Für die Konsumentinnen und Konsumenten muss sichergestellt sein, dass die Herkunft der Lebensmittel einwandfrei nachweisbar ist. Transparente Kennzeichnungen sollen Orientierung für regionale Kaufentscheidungen geben.

Wir bekennen uns im Interesse eines lebenswerten Österreich zu einer nachhaltigen Klima- und Umweltpolitik. Wir zielen insbesondere auf die Reduktion von Treibhausgasen, den Ausbau der erneuerbaren Energieträger und verstärkte Anstrengungen im Bereich der Energieeffizienz ab. Der bewusste und respektvolle Umgang mit der Natur ist nicht nur Ausdruck unserer Verantwortung für die Schöpfung, sondern auch unsere Pflicht uns und den nächsten Generationen gegenüber. Ökosoziales Handeln ermöglicht wirtschaftliche Nachhaltigkeit, verbessert die Lebensqualität, verringert die Belastung durch Schadstoffe und Lärm, erhält biologische Vielfalt, baut erneuerbare Energie aus und steigert die Energie- und Ressourceneffizienz.

Wir nehmen unsere globale Verantwortung auch durch eine ambitionierte Klima- und Anti-Atomkraft-Politik wahr.

Erfolgreicher Klima- und Umweltschutz erfordert weltweite Anstrengungen. Moderne Umwelt-, Natur- und Klimaschutzpolitik steht – ganz im Sinne der Ökosozialen Marktwirtschaft – nicht im Widerspruch zu Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. Für uns ist die Energiewende hin zu nachwachsenden, regenerativen Rohstoffen nicht nur eine klima- und umweltpolitische Notwendigkeit. Investitionen in den Umwelt- und Klimaschutz sowie in die Ressourceneffizienz erhöhen unsere Wettbewerbsfähigkeit und stärken unsere Wirtschaft.

Wir bekennen uns zum ländlichen Raum, in dem sich wesentliche Bereiche unserer Zukunft entscheiden.

Der ländliche Raum ist Lebens-, Arbeits-, Natur-, Kultur- und Erholungsraum zugleich. Wir setzen uns für gleichwertige Entwicklungschancen der Menschen im ländlichen Raum ein und bekennen uns zum Prinzip der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land. Im Rahmen einer aktiven Regionalpolitik gilt es, neue, innovative Berufsfelder zu eröffnen, moderne Infrastrukturen zu gewährleisten, aber auch soziale Dienstleistungen, Kinder- und Altenbetreuung sowie Armutsbekämpfung sicherzustellen.

Wir setzen uns für eine multifunktionale, wettbewerbsfähige und flächendeckende Land- und Forstwirtschaft ein.

Ihr Herzstück sind und bleiben unsere bäuerlichen Familienbetriebe, die Teil unserer kulturellen Identität sind. Sie sorgen für sichere, qualitativ hochwertige, gesunde Lebensmittel, für funktionierende Natur- und Kulturlandschaften, eine intakte Umwelt und für nachhaltige Rohstoff- und Energieproduktion. Wir unterstützen unternehmerisches Denken und Handeln der Bäuerinnen und Bauern. Wir wollen sicherstellen, dass landwirtschaftliche Betriebe profitabel wirtschaften können und ihre Leistungen angemessen honoriert werden.

Grundsatzprogramm 2015



Wir wollen das Wohneigentum insbesondere für junge Menschen fördern. Die Eigentumsbildung darf nicht durch zusätzliche Eigentumssteuern erschwert werden, sondern muss durch Steuer- und Abgabensenkungen unterstützt werden. Das erleichtert das Ansparen von finanziellen Mitteln für den Erwerb von Wohneigentum. Bei der Wohnbauförderung müssen ein wirksamer Einsatz von Förderungsmitteln, soziale Treffsicherheit und eine angemessene Regelung der Rückzahlungsverpflichtungen gewährleistet sein. Wohnen muss für die Menschen leistbar sein. Sozialer Wohnbau soll in erster Linie sozial bedürftigen Menschen vorbehalten sein.



Wir sehen Freizeit als wichtigen Aspekt persönlicher Freiheit und als elementares Lebensbedürfnis. Dazu gehören Erholung, Unterhaltung, Sport, Reisen, Bildung, Kunst und Kultur, die auch eine wichtige Grundlage zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit sind. Als erfolgreiches Tourismusland soll Österreich sein vielfältiges, kreatives, natur- und umweltschonendes Angebot zur Freizeitgestaltung weiterentwickeln.



Wir wollen Sport für mehr Lebensqualität, Gesundheit und Integration fördern. Der Sport spielt im Freizeitangebot eine besondere Rolle. Mehr Bewegung steigert das persönliche Wohlbefinden und ist für alle Generationen wichtig. Sport von Kindesbeinen an ist die beste Investition in die Zukunft der Gesundheit. Familien sollen möglichst viele Sportmöglichkeiten nutzen können. Spitzensport und Breitensport sind Grundsäulen des Sports und sollen gefördert werden. Sportvereine geben zahlreichen Menschen die Möglichkeit, Werte wie Leistung und Fairness zu erleben. Sie fördern damit die gesellschaftliche Integration.

Bildung und Kultur: Neue Chancen, neue Perspektiven

Wir bekennen uns zum uneingeschränkten Recht auf Bildung. Bildung ist Grundlage umfassender persönlicher Entwicklung. Sie ist Schlüssel zur Welt. Bildung fordert und fördert ein begründetes Weltbild und Wertesystem, Kritikfähigkeit, eigenverantwortliche Entscheidungen sowie die Fähigkeit, persönliche Entfaltung *und* Gemeinwohl anstreben zu können. Zugang zu Bildung für Menschen jeder Altersstufe ist für uns unverzichtbare Grundlage einer chancengerechten Gesellschaft.

Wir setzen uns für eine vielfältige Bildungslandschaft in Österreich ein, die von öffentlichen und privaten Einrichtungen gestaltet wird. Sie soll der Vielfalt der Menschen und ihren Begabungen und Interessen, aber auch der Vielfalt der Anforderungen entsprechen, die heute an Bildung gestellt werden. Bildung ist Basis für eine erfolgreiche individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft. Vor diesem Hintergrund muss Bildungspolitik Klarheit über vorrangige Bildungsziele in den einzelnen Bereichen schaffen. Der Staat hat für wertebezogene Bildungsziele, für gesetzliche Rahmenbedingungen der Bildungseinrichtungen, für finanzielle Mittel und für professionell ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer zu sorgen. Kompetente, motivierte Lehrende spielen aus unserer Sicht die Schlüsselrolle für den Erfolg von Bildungseinrichtungen. Ihrer qualitätsorientierten Auswahl, Aus- und Weiterbildung kommt entscheidende Bedeutung zu.

Wir sind für den Kindergarten als erste, wichtige Bildungseinrichtung. Der Kindergarten soll Eltern bei der Vermittlung von Werten und Regeln für das Zusammenleben unterstützen sowie Sprach- und Grundkenntnisse auf spielerische Weise fördern. Sollten die Kenntnisse noch nicht ausreichend für die Schullaufbahn sein, wollen wir den Kindern durch gezielte Lern-Angebote den Weg in die Schule ermöglichen. Wir gehen dabei von einer guten Kooperation mit den Eltern aus, denn Chancengerechtigkeit für Kinder liegt nicht nur in der Verantwortung des Staates. Wer die Zukunftschancen seiner Kinder jedoch nicht unterstützt und zusätzliche Bildungsmaßnahmen für sie ablehnt, soll mit staatlichen Sanktionen rechnen müssen.



Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip und zu einem differenzierten Schulsystem, das den unterschiedlichen Talenten und Interessen der Kinder gerecht wird. Daher bekennen wir uns auch zum Gymnasium und allen anderen Schularten in einem differenzierten Schulwesen und setzen uns für die Erweiterung der Schulautonomie ein. Jede Bildungseinrichtung soll auf Grundlage bundesweit einheitlicher Rahmenbedingungen und Bildungsziele selbst entscheiden, mit welchen pädagogischen Instrumenten und personellen Ressourcen diese Ziele erreicht werden. So wollen wir gewährleisten, dass die Mittel für das Schulwesen wirksam und effizient eingesetzt werden und sicher im Klassenzimmer ankommen. Wir fördern die Weiterentwicklung schulischer Vermittlungsformen und das optimale Nutzen digitaler Medien. Wir treten für die Weiterentwicklung des Fächerkanons ein, der auf neue Bildungsherausforderungen zukunftsorientierte Antworten geben muss. Wir unterstützen den Ausbau von Finanz- und Wirtschaftsbildung.

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des erfolgreichen dualen Systems ein. Es eröffnet seinen Absolventinnen und Absolventen attraktive Aussichten als Fachkraft oder Unternehmer und ist damit für den Erfolg eines innovativen Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich zukunftsentscheidend. Gerade als kleines Land kann sich Österreich im internationalen Wettbewerb nur mit bestens ausgebildeten Fachkräften und überzeugender Innovationskraft durchsetzen. Eine Verbesserung des Images der Lehre, eine Stärkung der Durchlässigkeit zu anderen Bildungsangeboten und Möglichkeiten zur Höherqualifizierung auf akademischem Niveau sind uns wichtige Anliegen.

Wir bekennen uns zu einem exzellenten, international sichtbaren Wissenschafts- und Forschungsstandort Österreich.

Unabhängigkeit und Freiheit des Forschens und Lehrens sind für eine fortgeschrittene Wissensgesellschaft unverzichtbare Voraussetzungen. Dies garantiert auch die von uns forcierte universitäre Autonomie. Wir bekennen uns zur Einführung von Studienbeiträgen und zu flächendeckenden Zugangsregelungen. Ein modernes Stipendiensystem sorgt dafür, dass niemandem ein Studium aus finanziellen Gründen verwehrt bleibt. Die gemeinsame Planung und Abstimmung des universitären Angebots mit Blick auf Schwerpunkte und Profile ermöglicht einen effizienten Einsatz der finanziellen Mittel und Erfolg im internationalen Wettbewerb. Die Fähigkeiten der Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, innovative Antworten auf komplexe Herausforderungen und Problemstellungen zu geben, fördern und fordern wir gleichermaßen. Als Leitprinzipien gelten dabei Exzellenz und Wettbewerb. Zusätzlich zur staatlichen Verantwortung für Wissenschaft und Forschung setzen wir uns dafür ein, durch die Aktivierung des gemeinnützigen Stiftungswesens mehr private Mittel für Forschungszwecke zu mobilisieren.

Wir sehen die erfolgreiche Entwicklung der Fachhochschulen als wichtige und notwendige Ergänzung des universitären Sektors.

Die Praxisorientierung der Fachhochschulen sowohl in Lehre wie auch in Forschung sorgt für qualifizierte berufliche Bildung auf akademischem Niveau. Wir wollen die Erfolgsgeschichte der Fachhochschulen mit Blick auf die Anforderungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt gezielt weiterentwickeln.

Wir sehen in der Weiterbildung angesichts des raschen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels eine große Aufgabe des gesamten Bildungssystems.

Wir wollen das Bewusstsein für die Bedeutung lebenslangen Lernens für individuellen und beruflichen Erfolg sowie gesellschaftliche Integration fördern. Erfolgreiche berufsbezogene Weiterbildung basiert darauf, dass Arbeitsmarkt und Bildungssystem eng miteinander verbunden sind und hohe Durchlässigkeit gegeben ist. Wir unterstützen die Entwicklung neuer Formen und Formate der Weiterbildung durch private und staatliche Anbieter.



Wir betrachten die digitale Welt als wichtiges Gestaltungsfeld für die Bildungspolitik. Um die Chancen der digitalen Durchdringung aller Lebensbereiche für Wachstum, Lebensqualität und menschliche Entwicklung nutzen zu können, muss sich das Bildungssystem laufend weiterentwickeln. Digitale Kompetenz muss als Schlüsselkompetenz und Kulturtechnik so früh wie möglich gefördert werden. Unser Ziel ist, dass Österreich im europäischen Verbund auf Basis erstklassiger Ausbildung und infrastruktureller Rahmenbedingungen eine führende Rolle in der Entwicklung digitaler Medien einnimmt.



Wir fördern den kritischen und überlegten Umgang mit digitalen Produkten und Anwendungen und sehen dies als Teil bürgergesellschaftlicher Kompetenz. Wir bekennen uns jedoch zum Bargeld als verbreitetes Zahlungsmittel. Wir wollen die demokratischen und partizipatorischen Potenziale digitaler Medien auch für die Weiterentwicklung unserer Demokratie nutzen. Digitale Medien sind unverzichtbarer Bestandteil unseres Bildungs- und Kulturverständnisses.



Wir verstehen Kunst und Kultur als perspektiverweiternd und identitätsstiftend. Freiheit und Vielfalt von Kunst und Kultur sind Grundlage und wesentliche Voraussetzung für unsere Gesellschaft. Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur fordert und fördert Bereitschaft und Kompetenz zur persönlichen Veränderung und Weiterentwicklung. Kulturausgaben sind deshalb auch nachhaltige Investitionen in Kreativität und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft. Breitenwirksame identitätsstiftende kulturelle Ausdrucksformen, etwa in Film, Fernsehen oder Architektur, spielen dabei eine besondere Rolle. Österreich ist ein Land der Literatur, der bildenden und darstellenden Künste und der Musik. Die Musik ist in Stadt und Land in all ihren Formen zu fördern. Wir bekennen uns dazu, dass Österreich seine international bedeutende Stellung als Kulturnation sichert und ausbaut.

Wir schätzen künstlerische Positionen zu Fragen unserer Zeit auch als Beiträge zur Diagnose gesellschaftlicher Herausforderungen. Wir wollen unabhängiges künstlerisches Schaffen bestmöglich fördern. Wir lehnen es ab, dass staatliche Kulturförderung zu politischen Abhängigkeiten der Kulturschaffenden führt. Wir wollen privatem Engagement in der Kunst- und Kulturförderung mehr Raum geben, u.a. durch steuerliche Erleichterungen. Private Initiativen sind ein wichtiger Faktor für Vielfalt in Kunst und Kultur.

Europa und die Welt: Modell Österreich

Wir gestalten Europa. Die Österreichische Volkspartei versteht sich als Europapartei, weil Österreichs Zukunft untrennbar mit der Zukunft Europas verbunden ist. Die Europäische Union basiert auf unseren gemeinsamen Werten und lebt vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Österreich soll bei jedem weiteren Integrationsschritt eine aktive, die Gemeinschaft fördernde Rolle einnehmen. Wir wollen damit die Überwindung der Teilung Europas konsequent vollenden. Ziel ist es, die Staaten Europas zu vereinen und die Europäische Union zur Sprecherin Europas in der Welt zu machen.

Wir vertrauen der Jugend in Europa. Die Europäische Union ist ein historisch junges, zukunftsoffenes Projekt. Wir vertrauen vor allem den jungen Menschen, es tolerant, weltoffen und engagiert weiter zu entwickeln. Objektive Information und offene Diskussion über Österreichs Rolle in der EU, Mitgestaltungsmöglichkeiten, Entscheidungsmechanismen, Resultate der Zusammenarbeit und Zukunft der EU sind uns wichtige Anliegen. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler die europäischen Institutionen und die vielfältige Geschichte Europas kennenlernen.

Grundsatzprogramm 2015



Wir bekennen uns zu einem Europa der Einheit in der Vielfalt. Europas Einheit gründet auf gemeinsamen Werten, Zielen und Herausforderungen, aber auch auf der reichen Vielfalt seiner verschiedenen Kulturen, Religionen, historischen Erfahrungen und Traditionen. Wir sind – wie die christdemokratischen Gründerväter der Europäischen Integration – der Überzeugung, dass die Einigung Europas der beste Schutz vor Nationalismus und Chauvinismus ist.

Wir sehen die Entwicklung der Europäischen Union als noch lange nicht abgeschlossen an. Zur Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses und zur Erweiterung um die Westbalkanstaaten gibt es für uns keine Alternative. Europa soll jene Handlungsfelder vergemeinschaften, in welchen die Nationalstaaten alleine im globalen Wettbewerb für ihre Bürgerinnen und Bürger zu wenig bewegen können und wo es um Bedeutung und Stärke des Kontinents in der Welt geht. Subsidiarität und Solidarität sind wichtige Prinzipien für die Weiterentwicklung der EU zur Politischen Union. Starke Gemeinden und Regionen sind daher die Basis für ein starkes Europa. Die europäische Einigung hat nationalstaatliche Grenzen überwunden. So ist Südtirol heute Brücke zwischen Österreich und Italien. Die österreichische Volksgruppe in Südtirol und die Autonomie Südtirols stehen weiterhin unter besonderem Schutz unseres Landes.

Wir arbeiten gemeinsam für ein erfolgreiches Europa. Wir treten mit voller Überzeugung für ein besseres Europa ein, weil dies auch besser für Österreich ist. Wir arbeiten in der Europäischen Volkspartei für ein starkes Europa in der Welt, weil das auch unser Lebens- und Wertemodell in Österreich schützt. Daher wollen wir die Wettbewerbsfähigkeit Europas gemeinsam erhöhen und den digitalen Binnenmarkt forcieren. Wir wollen die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger bei europäischen Entscheidungsfindungsprozessen verbessern. Die Stärkung der europäischen Demokratie ist uns ein Anliegen. Deshalb treten wir für die Ermöglichung einer gesamteuropäischen Volksabstimmung, für ein europaweites Wahlrecht und für europäische Listen ein. Wir setzen uns für ein Europa ein, in dem die Stärkeren den Schwächeren zum beiderseitigen Vorteil helfen. Solidarität in Europa muss auf klaren Spielregeln, gegenseitiger Verlässlichkeit und demokratischer Kontrolle beruhen.

Wir schätzen Europa als Garanten für Frieden, Stabilität und Sicherheit. Wir haben ein hohes Interesse an stabilen und sicheren Verhältnissen nicht nur bei unseren unmittelbaren Nachbarn, sondern auch in weiter entfernten Ländern. Die Europäische Union spielt dabei eine entscheidende Rolle. Eine zentrale Zukunftsfrage stellt daher die Weiterentwicklung hin zu einer Verteidigungsunion mit dem langfristigen Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee dar.

Wir stehen zur gemeinsamen europäischen Währung. Der von radikalen Kräften geforderte Austritt aus dem Euro und aus der Europäischen Union wäre verantwortungslos gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land und Europa. Dies würde unsere Wettbewerbsfähigkeit, unsere wirtschaftliche Stärke, die Stabilität unserer Währung, unzählige Arbeitsplätze und die soziale Sicherheit in Österreich aufs Spiel setzen. Die gemeinsame europäische Währung nutzt uns und macht uns in der Welt stärker. Eine stabile, starke, glaubwürdige Währung bedingt eine gemeinsame Budget-, Steuer-, Wirtschafts- und Währungspolitik. Daher treten wir für die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion ein.

Wir bekennen uns dazu, aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen verfolgten Menschen Schutz und Hilfe zu gewähren. Dies muss ein gesamteuropäisches Anliegen sein. Illegale Migration muss gleichzeitig wirksam und in Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten verhindert werden. Unabhängig davon braucht die Europäische Union eine transparente, auf Basis klarer Kriterien gesteuerte Migrationspolitik.

Grundsatzprogramm 2015



Wir bekennen uns zur Entwicklungszusammenarbeit. Sie ist für uns gemeinsames Anliegen und Handlungsfeld der Außen-, Wirtschafts-, Umwelt- und Stabilitätspolitik Österreichs und Europas. Wir wollen einen Beitrag zur Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern und zur Förderung einer umweltverträglichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten. Wir engagieren uns in der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf Basis unseres christlich-humanistischen Menschenbildes und der Achtung der Menschenrechte. Jeder Mensch hat ein unaufhebbares Recht auf Leben und freie Entfaltung. Dafür wollen wir weltweit die Voraussetzungen mitgestalten.

Wir sehen in der Entwicklungszusammenarbeit eine menschlich gebotene Unterstützung für jene, denen wir helfen wollen. Wir betonen, dass wirksame Entwicklungszusammenarbeit uns allen hilft, denn wir leben in einer globalisierten Welt. Erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit hilft vor Ort, stärkt Österreichs Ansehen in der Welt und erweitert unsere politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Handlungsspielräume.

Wir bekennen uns zu einer aktiven Außenpolitik. Unser Ziel ist eine Außenpolitik, die zu unserer Sicherheit beiträgt, Österreich als Qualitätsmarke positioniert und neue Chancen für die Wirtschaft eröffnet. Die schrittweise Ausdehnung des Raums des Rechts, der Sicherheit, der Freiheit und Prosperität auf unsere gesamte Nachbarschaft ist dabei ein vordringliches Ziel. Österreichs pro-aktives Engagement am Westbalkan ist und bleibt für uns ein Kernelement der österreichischen EU- und Außenpolitik. Stabilität in dieser Region bedeutet Sicherheit und bessere Wirtschaftsbedingungen für Österreich.

Wir treten für ein weltoffenes Österreich und eine österreichoffene Welt ein. Wir wollen, dass Österreich seine Rolle in der Welt aktiv wahrnimmt und Mitverantwortung übernimmt. Besondere Bedeutung kommt dem Engagement in den Bereichen Friedenserhaltung, Konfliktprävention, Schutz der Menschenrechte, Herrschaft des Rechts, Eintreten für den Dialog, Energiesicherheit und Schutz der Umwelt zu. Wir bekennen uns dabei zum Grundsatz eines effektiven Multilateralismus und werden weiterhin die Arbeit der Vereinten Nationen, der OSZE und des Europarates aktiv unterstützen. In diesem Zusammenhang treten wir für eine konsequente Amtssitzpolitik ein, um Österreich als Ort des internationalen Dialogs und der Vermittlung zu stärken und gezielt neue Institutionen und Vertretungen anzusiedeln.

Wir stehen für eine aktive Nachbarschaftspolitik. Wir wollen das Potential unserer Lage im Zentrum Europas nützen durch den Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf allen Ebenen sowie der gezielten Förderung und Umsetzung makroregionaler Strategien der EU für den Donauraum und den Alpenraum. Im Zusammenhang mit einer aktiven Nachbarschaftspolitik bekennen wir uns auch zur besonderen Rolle und Verantwortung Österreichs gegenüber altösterreichischen Volksgruppen.

Wir wollen globale Wettbewerbsfähigkeit für Österreich und Europa sichern. Wir wollen die Globalisierung aktiv mitgestalten, um von ihren Chancen zu profitieren. Wichtige Instrumente dafür sind Handelsabkommen, die auf Grundlage des europäischen Rechtsverständnisses, unserer Werte und hoher Standards abgeschlossen werden. Das Ordnungsmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft setzt den richtigen Rahmen und die richtigen Anreize, um nachhaltiges Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit auch im globalen Rahmen zu schaffen. Dafür soll Österreich ein internationales Modell sein.

Notizen

Impressum: Österreichische Volkspartei, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien,
Tel.: 01/40 126-100, www.oevp.at

ISBN: 978-3-9503812-3-8

Fotos: Fotolia/Dmitry Naumov, Fotolia/Runzelkorn, Image Source, iStockPhoto/monkeybusinessimages, Fotolia/Stephan Leyk, Fotolia/Alex_Mac, Fotolia/2xSamara.com, Fotolia/Juice Images, Fotolia/Gorilla, Fotolia/Photobank, Fotolia/Franz Pfluegl, Fotolia/Nicole Effinger, Fotolia/Franz Pfluegl, Fotolia/ArTo, Fotolia/Andrei Merkulov, ÖVP/Glaser, Fotolia/Stephen Coburn, PhotoAlto, PhotoAlto, ImageSource, Fotolia/Nick Freund, ÖVP/Glaser, Fotolia/apops, PhotoAlto, ÖVP/Glaser, PhotoAlto, ImageSource, Fotolia/olly, PhotoAlto, ImageSource, Fotolia/Rido, Fotolia/WavebreakMediaMicro, Fotolia/psdesign1, PhotoAlto, Fotolia/contrastwerkstatt, Fotolia/Syda Productions, ImageSource, Fotolia/Ingo Bartussek, Fotolia/contrastwerkstatt, Fotolia/Robert Kneschke, Fotolia/contrastwerkstatt, PhotoAlto, Fotolia/Alexander Raths, iStockPhoto/shalamov, Fotolia/psdesign1, Fotolia/Yuri Arcurs, Fotolia/photophonie, ImageSource, Fotolia/Fotowerk, PhotoAlto, Fotolia/Gennadiy Poznyakov, iStockPhoto/shironosov, Fotolia/WavebreakmediaMicro, ImageSource, ImageSource, Fotolia/Yuri Arcurs, ÖVP/Glaser, Photo Parlament europeen, EP 2007, Fotolia/Franz Pfluegl, ImageSource, PhotoAlto, PhotoAlto

